

Heiner Ganßmann

Am 6. April starb nach langer Krankheit der Sozialwissenschaftler Heiner Ganßmann. Der ökonomisch geschulte Soziologe war ein geschätzter akademischer Lehrer (FU Berlin und News School of Social Research, New York), schrieb wissenschaftliche Standardwerke („Geld und Arbeit“) und zahlreiche Texte, in denen er komplizierte Zusammenhänge prägnant, polemisch und mit angelsächsisch gefärbtem Witz auf den Punkt gebracht hat.

Für die deutschsprachige Ausgabe von *Le Monde diplomatique* verfasste Heiner Ganßmann seit 2004 und insbesondere seit Beginn der Finanzkrise zahlreiche Aufsätze, in denen er erklärte, wie „die Märkte“ in denen er bestimmte, und warum „die Politik“ bei ihrer wichtigsten Aufgabe, die Krise rechtzeitig zu erkennen und zu verhindern, so eklatant versagt hat. Deshalb sind fast alle Beiträge

gestern in **LMD**
heute in den **Nachrichten**

Ganßmanns nach wie vor überaus lesenswert, wie „Unser schönes Geld“ vom Mai 2009 über den „Merkelantimus“, in dem er die „zeitgenössische deutsche wirtschaftspolitische Doktrin“ mit dem Merkantilismus des 18. Jahrhunderts vergleicht. Oder „Lauter schwarze Nullen“ vom März 2015 und „Dumm gepart“ vom Dezember 2015, in denen er seine Kritik an der „falschen Sparpolitik“ polemisch erhellend dargelegt hat.

Alle publizistischen Texte Ganßmanns entspringen einem aufklärerischen Impuls. „Wenn es in Demokratien überhaupt eine Chance geben soll, die Finanzmärkte durch neue Regeln wieder einzuhegen, muss das allgemeine Verständnis der typischen Finanztransaktionen entchieden zunehmen.“ Wie man diesen demokratischen Auftrag ernst nehmen und zugleich witzig anpacken kann, zeigt Heiner Ganßmann in diesem Essay vom Oktober 2011 („Wir sind der Markt“).

Demokratie in Gefahr

Als am 28. März das liberale Parlament darüber abstimmen wollte, ob das Mandat für die „Institution für Wahrheit und Würde“ (L'Instance Vérité et Dignité, IVD) verlängert werden soll, kam es zu heftigen, teilweise mit Fäusten ausgetragenen Auseinandersetzungen. Viele Abgeordnete verließen den Saal; die Übrigen, darunter einige, denen Beteiligung an Folter vorgeworfen wird, beschlossen, dass die Wahrheitskommission zum 31. Mai ihre Ermittlungen einzustellen hat. Die IVD-Vorsitzende Sihem Bensebdine kämpft für den Erhalt dieser wichtigen Institution, über die im Juli 2017 Thierry Brésillon in *LMD* berichtet hat. „Wahrheit für Tunesien. Die junge Demokratie versucht, staatliche Verbrechen aus sechzig Jahren aufzuarbeiten“.

Diese und alle anderen Beiträge seit 1995 im *LMD*-Archiv unter: monde-diplomatique.de

Ungeheuer amerikanisch

von Thomas Meaney und Stephen Wertheim

Schlechte Zeiten sind oft interessante Zeiten. Das gilt auch für die Präsidentschaft von Donald Trump. Dessen Beleidigungen und Verbalattacken bringen seine Kritiker zum Nachdenken darüber, was sie eigentlich über ihr Land wissen. Die Herausforderung namens Trump hat unter den Intellektuellen in den USA ganz neue Diskussionen ausgelöst, über Rasse, Klasse, Geschlecht und über die Demokratie als solche. Ob sich das auch bei den nächsten Wahlen zeigen wird, bleibt abzuwarten. Immerhin setzen sich Trumps Gegner heute mit den Gründen für dessen Aufstieg auseinander – und sehen ein, dass man etwas gegen die soziale Kluft tun muss.

Doch auf einem Gebiet tut sich auffällig wenig. Was die Außenpolitik angeht, trauern die Trump-Kritiker immer nur einem angeblich Goldenen Zeitalter nach, das mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten zu Ende sei. Das außenpolitische Establishment – von den Experten in Medien und Thinktanks bis zu Vertretern früherer Regierungen – ist heute fast einhellig der Meinung, Trump vollziehe einen radikalen Bruch mit der seit 1945 betriebenen US-Außenpolitik.

Weil sie es mit der Darstellung von Trumps Abnormalität übertreiben, hat er leichtes Spiel, ihre düsteren Unterangangsprognosen zu widerlegen. Dieses Denken hat nichts Besseres zu bieten als das Lob des Status quo der Vor-Trump-Ära, den die meisten langweilig bis abstoßend finden.

Wie hat es Trump geschafft, die Koryphäen der US-Außenpolitik so zu verwirren? Es begann schon im Wahlkampf, als der Kandidat ständig die Vereinigten Staaten gegen den Rest der Welt in Stellung brachte. In gewisser Weise verkündete er damit nichts anderes als alle Kandidaten vor ihm: Kriege muss man klar gewinnen – oder gar nicht erst anfangen. Und man muss für das Land immer mehr herausholen und dabei die Belastung möglichst gering halten.

Als Trump jedoch sein „America first“ anstimmte, meinten viele Experten, damit habe er den „Isolationismus der 1930er Jahre“ zu neuem Leben erweckt. Dabei konnte man ihm durchaus abnehmen, was er behauptete: dass er nur auf der Suche nach einem guten Slogan war. Aber warum nicht dick auftragen? Der Grobian hatte es schließlich verdient, vom Weißen Haus ferngehalten zu werden. Ihn als Isolationisten abzustempeln, würde ihn doch wohl für das Amt disqualifizieren.

Diese von Vertretern beider Parteien vorgebrachte Warnung veringert bei den Wählern nicht. Aber die Experten warnten stur weiter und entdeckten

ständig und überall das isolationistische Motiv: von Trumps Antrittsrede am 20. Januar 2017 bis zu seiner Ankündigung der Transpazifischen Partnerschaft (TPP), die selbst Hillary Clinton hatte aufgeben wollen.

Diese Fehldiagnose gab Trump die Möglichkeit, seine Kritiker auszu-manövrieren. Als er einen syrischen Flugplatz bombardieren ließ, mutmaßte Jeffrey Goldberg in der außenpolitischen Zeitschrift *The Atlantic* vom 7. April 2017, der Präsident sei „ein isolationistischer Interventionist“ und damit „etwas völlig Einmaliges in der Geschichte der USA-Präsidenten“.

Nach gut einem Jahr im Amt hat Präsident Trump die Militäroperationen der USA auf allen Schauplätzen eskaliert. Er hat sich zur Nato bekannt und die Unterstützung für die traditionellen Bündnispartner der USA – von Japan bis Saudi-Arabien – verdoppelt. Er hat mit John Bolton ein schiefwütiges Überbleibsel der Bush-Jahre zu seinem neuen Sicherheitsberater gemacht. Als Isolationisten kann man so jemanden kaum bezeichnen.

Dennoch halten die Trump-Kritiker an ihrer Behauptung fest, der Präsident führe die Macht der USA zurück. Ben Rhodes, einer der wichtigsten Berater Barack Obamas, lästert über die Trump-Doktrin, sie müsse eher „America last“ heißen. Richard Haas, der dem einflussreichen Council on Foreign Relations vorsitzt, wirft dem Präsidenten vor, er verzichte auf eine „Führungsrolle bei der Entwicklung von Regeln und Vereinbarungen als Herzstück jeder Art von Weltordnung“.

Inzwischen haben die Kritiker erkannt, dass sich Trump wohl doch nicht in die Isolation zurückzieht. Und so erklären sie neuerdings, er zerstöre die von den USA angeführte „liberale internationale Ordnung“.

Vergessen wir kurz die Frage, warum Donald Trump mit dieser „liberalen Ordnung“ nichts am Hut haben soll – wohl aber George W. Bush, dem die völkerrechtswidrige Irak-Invasion den Ruf eingebracht hat, diese Ordnung wiederbelebt zu haben. Vergessen sollen wir offenbar auch, dass die USA unter Ronald Reagan schon einmal aus der Unesco ausgeschieden sind, also 34 Jahre, bevor Trump es tat. Oder dass Präsident Bush 2002 eine Variante der von Trump verhängten Zölle auf Stahlimporte eingeführt hat. Oder dass Präsident Eisenhower 1955 gedroht hat, die winzigen, zu Taiwan gehörenden Inseln Quemoy und Matsu zur Not mit Atomwaffen zu verteidigen.

Die „liberale internationale Ordnung“ ist ein historischer Mythos. Wer weiß, ob ein Aufruf zur Verteidigung dieses „Ordnung“ auf die US-Wähler

Eindruck machen wird. Bei der Frage verlassen sich die Außenpolitikexperten auf Fantasien, wie sie sonst nur die Ostküsten-Intelligenzler im Acela-Express hegen, der zwischen Washington, New York und Boston fährt. Mit ihren Kolumnen, Interviews und Tweets werden sie ihrer Aufgabe, die Meinungsbildung zu fördern, allenfalls halbwegs gerecht. Für den Präsidenten ist das ein großes Glück. Denn seine Kritiker werden nur recht behalten, wenn die ganz große Katastrophe passiert. Sie haben die Latte sehr niedrig gehängt; Trump wird drüberkommen, es sei denn, er macht etwas noch Scheußlicheres, als wir es von ihm kennen.

„Als Isolationisten kann man Trump nicht bezeichnen“

Noch wichtiger ist jedoch, dass die derzeitigen Debatten überhaupt nichts beitragen zu einer künftigen Außenpolitik, die als Fortschritt gegenüber den Vor-Trump-Zeiten zu bezeichnen wäre. Statt über politische Alternativen nachzudenken, setzen unsere Experten die Interessen der USA mit denen einer abstrakten „Ordnung“ gleich – und ahnen damit jenen „Globalisten“, über die Trump im Wahlkampf hergezogen ist.

Der Gipfel der Ironie ist jedoch, dass Trump falsch lag. Schließlich standen für die Entscheidungsträger die Interessen der USA schon immer an erster Stelle – die Regeln haben sie entsprechend angepasst oder aber verletzt. 1945 setzte sich Harry Truman im kriegszerstörten Potsdam mit Winston Churchill und Josef Stalin zusammen. Wenn damals – wie manche heute behaupten – die „liberale internationale Ordnung“ geschaffen wurde, hat Truman davon jedenfalls nichts gewusst. Weder er noch seine Berater haben den Begriff benutzt, und der frustrierte Präsident schrieb an seine Frau Bess: „Ich muss ihnen mindestens einmal am Tag klarmachen, dass für diesen Präsidenten der Nikolaus ein toter Mann ist und dass mein oberstes Interesse die USA ist.“

Truman hatte begriffen, was die Trump-Kritiker implizit bestreiten: dass Amerikas Macht zulasten anderer Länder gehen kann. Unser außenpolitisches Establishment klammert sich an die Fiktion, dass alles, was gut für die USA ist, automatisch auch gut für die Welt ist. Sie behaupten, Trump werde mit seinem Versprechen, der Welt mehr abzuverlangen, die Macht Amerikas schwächen – tatsächlich aber will er sie gerade ausbauen.

Trumps Aktionen haben vielleicht nicht die beabsichtigte Wirkung, aber der plausibelste und stärkste Einwand lautet nicht, dass er die USA schwächt, sondern dass er unser Land auf eine Weise zu stärken versucht, die wir uns nicht wünschen sollten. Seine militaristischen und chauvinistischen Sprüche mögen den Einfluss der USA mindern oder auch nicht. Was sie aber bestimmt verstärken, ist die Gefahr, dass die einzige Supermacht der Welt künftig völlig ungehemmt auf Gewalt und Ausbeutung setzt.

Sprechen wir also aus, was Trumps Vision in Wahrheit ist: radikaler US-Imperialismus. Dieser Präsident bricht weniger mit den Traditionen, als dass er einige ihrer reaktionärsten und zahlreichsten Elemente wieder zum Vorschein bringt. Dies zu erkennen, ist der Ausgangspunkt für jede ehrliche Diskussion über die Trump-Regierung und die Rolle der USA in einer sich wandelnden Welt.

Das hat die Rechte im Lande viel eher kapiert als die Linke oder die Mitte. Für Trump und seine Anhänger gibt es einen fast endlosen Interessenkonflikt zwischen den USA und der übrigen Welt.

Der rechte Radiostar Rush Limbaugh hat es kürzlich auf den Punkt gebracht: Trump will die „Vormachtstellung der USA“ zurückgewinnen, während seine Kritiker meinen, „die US-Führung sollte bei der Schwächung Amerikas auch noch den Versuch führen“. Trump ist eine Herausforderung, aber die kann man ja auch annehmen. Die neuen Zeiten produzieren nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch neue Verteilungskonflikte.

Wer das übersieht, hat gegen die Leute, die diese Konflikte anheizen, keine Chance. Es geht jetzt darum, die US-Bürger, die sich eine bessere Außenpolitik wünschen, einzubeziehen. Ob unsere Experten das hinbekommen, steht allerdings in den Sternen.

Die Demokratie braucht Experten, aber sie müssen die öffentliche Debatte fördern und respektieren, dass die Wähler auch in der Außenpolitik etwas zu sagen haben. Wenn die Experten heute nur den kleinsten gemeinsamen Nenner propagieren („Alles, nur nicht Trump“), lassen sie die vielen Unzufriedenen im Stich und ziehen bis zu den nächsten Wahlen ihre Zugbrücken hoch. Insofern wären auch andere als Isolationisten zu bezeichnen.

Aus dem Englischen von Niels Kadritzke

Stephen Wertheim unterrichtet Geschichte an der Birbeck-Universität London. Thomas Meaney ist Fellow am American Council on Germany.
© Le Monde diplomatique, Berlin

In dieser Ausgabe

3 Mit Dschihadisten verhandeln?

von Charlotte Wiedemann

4 Lizenz zum Töten

Edito von Serge Halimi

4 Gefühlte Korruption

Fortsetzung von Seite 1
von Benjamin Cunningham

5 Für eine anständige Slowakei

von Alexandra Mostyn

6 Wo die Steuern Reiche noch reicher machen

Fiskalpolitik in Lateinamerika
von Bernard Duterte

7 Die Biegsamkeit der Postideologen

Italiens Fünf-Sterne-Bewegung
von Luca Manucci

8 Corbyn in Uxbridge

Innenansichten aus der mitgliederstärksten Partei Europas
von Allan Popelard und Paul Vannier

11 Australien wird chinesischer

Wie Kapital aus China Fakten schafft
von Urs Wälterlin

Türkei

14 Erdögans Ultrationalisten

von Akram Belkaid

15 Alltag in Angst

von Pierre Puchot

14 Im kaukasischen Teufelskreis

Islamismus, Patriotismus und Despotismus in Tschetschenien
von Anne Le Huérou und Aude Merlin

16 Kampf zweier Linien in Burkina Faso

von Rémi Carayol

18 Katholiken gegen Kabila

In der DR Kongo führen Bischöfe die politische Opposition an
von François Missier

19 Der verkannte Klassenkämpfer Martin Luther King

von Sylvie Laurent

Die nächste Ausgabe erscheint am 9. Mai

Frankreichs öffentlicher Dienst

20 Das Recht auf das, was alle brauchen

von Pierre Rimbert

21 Das zivilisierteste Verkehrsmittel der Welt

von Benoît Duteurtre

23 Für alles eine Pille

Fortsetzung von Seite 1
von Gérard Pommier

24 Mensch und Maschine

Comic von Max Baitinger

Auch zum Hören unter: monde-diplomatique.de



Untitled, aus der Serie „Today's Life and War“, 2008, 105 x 70 cm

Gohar Dashti

Die Fotografin Gohar Dashti ist 1980 in Ahvaz in Iran geboren und hat 2005 ihr Studium der Fotografie an der Kunstuniversität Teheran abgeschlossen. Ihre Kindheit war vom Krieg zwischen Iran und Irak geprägt. Ausgangspunkt ihrer Arbeiten ist immer ihre eigene Umgebung, ihre Erfahrungen und Erinnerungen. Sie arbeitet vorwiegend in sorgfältig inszenierten Serien. In „Volcano“ beispielsweise (S. 1) sind es Alltagsszenen von aufgesetzter Fröhlichkeit. Verstörend ist dabei der rätselhafte Drachenschwanz, der wie beiläufig in allen Bildern dieser Serie auftaucht. Zu ihren lyrischesten Arbeiten gehört die Serie „Home“ (S. 5), in der sie Innenansichten von verlassenen Häusern in Iran zeigt – die Menschen sind fort, und die Natur erobert sich die Häuser zurück. Für das Bildmaterial danken wir der Kunstlerin. www.gohardashti.com

Wilhelm Werthern

Mit Dschihadisten verhandeln?

von Charlotte Wiedemann

Nutralisieren, unschädlich machen. Für das Töten muslimischer Terroristen werden Worte verwendet, die aus der Insektenvernichtung stammen. Es scheint sich um Täter jenseits aller gemeinhin geltenden Maßstäbe zu handeln, bei deren Bekämpfung folglich das Völkerrecht keine Anwendung zu finden braucht.

Der *War on Terror*, psychologisch und rechtlich derart entgrenzt geführt, ist auf den meisten Schauplätzen militärisch gescheitert. Damit verliert auch die westliche Definition vom totalen Feind an Deutungsmacht. Dschihadisten – oft religiös mehr drapiert als motiviert – sind aus Sicht der Bevölkerungen in Afrika und Asien oft keine blindwütigen Fanatiker, sondern Kämpfer mit Zielen und Interessen. Und wo es die gibt, öffnet sich ein Fenster: um den Dialog zu suchen, womöglich zu verhandeln.

Die afghanische Regierung hat den Taliban jüngst ein weitreichendes Gesprächsangebot gemacht: Anerkennung als politische Partei, Freilassung von Gefangenen. Nach 17 Jahren Krieg lebt heute ein Drittel der Afghanen erneut unter der Herrschaft der Taliban, und es gilt als folgenreicher Fehler, sie 2001/02 von den Petersberger Verhandlungen über die Zukunft des Landes ferngehalten zu haben.

In den Sahelstaaten setzen Brüssel, Paris und Washington weiterhin allein auf die militärische Option. Als Frankreich 2013 in Mali intervenierte, schien der Vergleich mit Afghanistan („Sahelistan“) noch abwegig, doch nach fünf Jahren internationaler Interventionen ist Mali von einem komplexen Muster der Gewalt gezeichnet. Kaum ein Tag vergeht ohne Anschläge, meist zielen sie auf die ausländischen Truppen (12 000 Blauhelm-Soldaten, davon 1000 deutsche sowie 1000 französische Spezialeinheiten).¹

Der dortige Friedensprozess schließt nur nichtislamistische Milizen ein, insbesondere die Tuareg-Rebellen, einst Auslöser der Krise. Gegenüber ihren zeitweiligen dschihadistischen Verbündeten gilt die Linie: nicht reden, sondern liquidieren. Für Mali war dies immer eine fremdbestimmte Unterscheidung zwischen Feind und Partner. Viele sehen in den Tuareg-Separatisten

das größere Übel: Immerhin hatten sie in Nordmali so viel Unheil angerichtet, dass die nachfolgenden religiösen Besatzer zunächst als Ordnungsmacht begrüßt wurden.

Ab 2014 warben dann einzelne malische Prominente für einen Dialog mit den Dschihadisten. Die Forderung gewann in jenem Maß an Rückhalt, wie die militärische Bekämpfung des Dschihadismus misslang. Außerdem ist dessen Gesicht heute eindeutiger einheimisch als in früheren Jahren; an der westlichen Liquidierungsstrategie nahm die malische Öffentlichkeit weniger Anstoß, solange es sich bei den Getöteten eher um Ausländer handelte.

Nun stehen zwei wohlbekannte Akteure heraus: in Zentralmali der Prediger Amadou Koufa, im Norden der Tuareg-Führer Iyad Ag Ghali – Letzterer die personalisierte fließende Grenze zwischen Rebellion, Terror, Drogenhandel und al-Qaida im Maghreb. Beide Anführer signalisierten verhaltene Dialogbereitschaft. Und für beide empfinden zahlreiche Malier trotz aller Verbrechen einen gewissen Respekt. „Wir können diese Leute nicht in den Fluss werfen. Wir brauchen eine politische Lösung“, sagt der Politiker Tiébilé Dramé.

Malis Präsident wollte es versuchen

Als im vergangenen Jahr die 900 Teilnehmer einer „Konferenz zur Nationalen Verständigung“ ebenfalls einen Dialogversuch forderten, ließ Staatspräsident Ibrahim Boubacar Keita seinen Versöhnungsminister verkünden: „Mali ist bereit, mit all seinen Söhnen zu verhandeln.“ Wenige Tage später widerrief er unter französischem Druck. Der damalige Außenminister Jean-Marc Ayrault befand bei einem Mali-Besuch kategorisch, es gebe im Kampf gegen den Terrorismus „nur einen Weg, nicht zwei“, und der malische Präsident versprach Gehorsam.

„Es war schockierend zu sehen, wie begrenzt unser Handlungsspielraum ist“, sagt die Oppositionelle und Exaußenministerin Sy Kadiatou Sow. „Mali steht faktisch unter Vormundschaft. Aber wir müssen den Mut haben, zu debattieren, was gut ist für uns selbst, für unser Land.“ Die Politikerin ist als Ver-

fechterin von Frauenrechten bekannt; niemand unterstellt ihr Sympathie für einen radikalisierten Islam.

Auch die nordirische IRA und Palästinas PLO galten früher als Ultraterroristen, mit denen Gespräche niemals möglich sein würden. Das Ausmaß begangener Verbrechen sei kein Kriterium, schreibt Jonathan Powell in seinem Buch „Terrorists at the Table“.² Der einstige Stabschef von Tony Blair, ein Experte in internationaler Konfliktmediation, schlug bereits vor zehn Jahren Gespräche mit al-Qaida vor.

Dennoch hält sich die Vorstellung, mit Dschihadisten könne schon deshalb nicht rational verkehrt werden, weil es sich um religiöse Fanatiker mit wirren Kalifatsfantasien handle, ohne Bezug zum sozialen Geschehen vor Ort. Für Afrika trifft das kaum zu. Leonhard Harding, emeritierter Professor für afrikanische Geschichte an der Universität Hamburg, schreibt über die Sahel-Dschihadisten: „Ein gemeinsames Konzept zur Schaffung eines islamischen Staats oder die Ausrufung eines neuen Kalifats ist nirgendwo in Sicht.“ Die Kämpfer seien primär an lokalen Veränderungen interessiert und wollten die Bevölkerung gewinnen. Über Boko Haram sagt der französische Politologe Jean-François Bayart, es handle sich um „den religiösen Ausdruck eines sozialen Phänomens“.³

Bereits im Westafrika des 18. und 19. Jahrhunderts kämpften sogenannte Dschihadisten mit religiösen Losungen gegen ungerechte Herrscher. Ähnlich präsentiert sich der heutige Dschihadismus in Zentralmali als Antwort auf staatliche Willkür und soziales Unrecht. Die Region wird von einer Bewegung erschüttert, in der sich Terror mit sozialer Revolte verbindet. Diese rekrutiert sich oftmals aus jungen Fulbe-Hirten; sie vertreiben die Repräsentanten eines Staats, den sie nur als Unterdrücker kennen, richten Steuerentreiber und Bürgermeister hin. Als ein Richter auf offener Straße entführt wurde, habe die örtliche Bevölkerung „zufrieden“ reagiert, berichtet ein Regisseur aus der Region. „Wenn derartiges passiert, höre ich jedes Mal: „Das geschieht den Beamten recht!““

In dieser Atmosphäre sucht nun der Vorsitzende des Hohen Islamischen Rats von Mali Pfade zum Dia-

log, Mahmoud Dicko, ein politisch agil und religiös gemäßigter Wahhabit, hat dafür zunächst die Koranschulleiter und traditionellen Autoritäten der Region zu mehreren großen Versammlungen geladen; 800 folgten dem Ruf. Sie haben dort, wo kein Staat mehr existiert, den größten Einfluss und sollen für Dicko Kontakte zum Kern der Dschihadisten herstellen. „Ich will Wege zum Dialog öffnen, indem ich frage, was wir für die Region tun können.“ Womöglich könne jenseits der staatlichen Justiz, unter deren Korruption besonders die Ärmsten leiden, die Einsetzung von traditionellen islamischen Richtern (Kadis) befriedend wirken.

Andere schicken Killerdrohnen

„Wir müssen die Bevölkerung dazu bringen, aus dem Sog der Gewalt herauszukommen“, sagt Dicko. „Aber wo ist die rote Linie, über die eine Republik nicht hinausgehen darf? Das muss das Land, das Volk entscheiden.“ Ein offizielles Mandat für seine Bemühungen hat er nicht.

Ein malischer General a. D., dem Westen freundlich zugetan, mit schönen Erinnerungen an einen Lehrgang der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr, beschreibt ein mögliches Szenario nach einem Abzug ausländischer Truppen so: „Dann würden wir mit den Dschihadisten verhandeln, und wenn sie islamisches Recht einführen wollen, werden wir sehen, was genau das sein soll. Vielleicht ist es ja nicht schlecht. Die Dschihadisten wollen eine saubere Gerichtsbarkeit und haben in manchen Fragen recht.“

Ob und wie verhandelt werden kann, muss auf jedem Schauplatz gesondert bestimmt werden. Und niemand vermag vorherzusagen, wie groß die Chance auf Erfolg ist. Es aber zumindest zu versuchen, dazu ermuntern zahlreiche Experten.

„Man kann nicht alle Dschihadisten töten. Es gibt auch in Mali keine Alternative zu Verhandlungen“, sagt die Leiterin des Berliner Zentrums für internationale Friedenseinsätze, Almut Wieland-Karimi. Dass dies zuallererst eine Entscheidung der Malier sei, meint nun immerhin auch das Auswärtige Amt.

Zwölf Forscher aus Mali, Senegal, den USA und Frankreich warnten jüngst die französische Regierung, sie drohe mit ihrer Blockade von Dialogversuchen „auf der falschen Seite der Geschichte“ zu stehen.⁴ Das militärische Vorgehen sei einem politischen Ziel unterzuordnen, über das die Gesellschaften des Sahel bestimmen müssten.

Bei der Bekämpfung des Terrors nationale Souveränität wiederzuerlangen, danach rufen nun auch Intellektuelle der Region, etwa Moussa Thchangari, der im nigrischen Niamey die „Alternative Espaces Citoyens“ leitet. In Mali, Niger und Nigeria seien Verhandlungen mit Dschihadisten immer dann zulässig gewesen, wenn sie der Freilassung westlicher Geiseln dienten. Dies zeige, wie sehr „die Entscheidung über Dialog oder Krieg von den Interessen der großen Mächte des Westens dominiert“ sei. In der Tat: Frankreichs Außenminister Jean-Yves Le Drian antwortete in einer derartigen Situation einmal auf die Frage, ob der berüchtigte Iyad Ag Ghali ein Terrorist sei, ganz behutsam: „Es liegt an ihm selbst zu sagen, was er sich betrachtet.“

Für die Forderung ihrer Bürger nach mehr nationaler Eigenständigkeit sind die Regierungen in Mali wie in Niger bisher schlechte Bündnispartner: weil ausländische Militärpräsenz ihre Macht stärkte und aufgeblahte Verteidigungsbudgets Einnahmen aus Korruption sichern. Der bittereamer Niger gibt 15 Prozent seines Haushalts für Militärisches aus – und erlaubt nun den USA, von einer neuen Basis aus erstmals Killerdrohnen in die Sahara zu schicken.

¹ Eine aktuelle Studie der Autorin zu fünf Jahren Intervention in Mali findet sich unter: www.boell.de/de/2018/01/31/viel-militaer-weniger-sicherheit.

² Jonathan Powell, „Terrorists at the Table. Why negotiating is the only way to peace“, London (St. Martin's Press) 2015.

³ www.jeuneafrique.com/543396/politique/terrorisme-jean-francois-bayart-les-jihadistes-sont-souvent-mieux-prepare-que-letat/.

⁴ www.leronde.fr/afrique/article/2018/02/21/la-france-doit-rompre-avec-la-rhetorique-militaire-qui-prevaud-au-sahel_5260475_3212.html.

Charlotte Wiedemann ist freie Autorin von Auslandsreportagen und Büchern mit dem Schwerpunkt „Islamische Lebenswelten“. Zuletzt erschien von ihr: „Der neue Iran. Eine Gesellschaft tritt aus dem Schatten“, München (dtv) 2017.

© Le Monde diplomatique, Berlin